

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Europa und Internationales

**zu der Mitteilung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit
und Tourismus vom 5. Dezember 2024
– Drucksache 17/7980**

**Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Einrichtung einer mit dem Binnenmarktinformations-
system verbundene öffentliche Schnittstelle für die Er-
klärung über die Entsendung von Arbeitnehmern
COM(2024) 531 final (BR 576/24)**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus vom
5. Dezember 2024 – Drucksache 17/7980 – Kenntnis zu nehmen.

12.12.2024

Der Berichterstatter:

Der Vorsitzende:

Niklas Nüssle

Willi Stächele

Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet öffentlich die Mitteilung des
Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus, Drucksache 17/7980, in seiner
36. Sitzung, die als gemischte Sitzung mit Videokonferenz stattfand, am 12. De-
zember 2024.

Vorsitzender Willi Stächele gab zu bedenken, die Nutzung des Meldeportals für
vorübergehende grenzüberschreitende Entsendungen sei für die Mitgliedsstaaten
freiwillig. Die Maßnahme sei aber wenig hilfreich, wenn sich Frankreich nicht
daran beteilige. Ihn interessiere daher, ob sich bereits eine Tendenz erkennen lasse.

Ein Vertreter des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus erklärte,
seines Wissens habe sich Frankreich noch nicht dazu geäußert. Insgesamt neun
Mitgliedsstaaten hätten bereits Interesse an dem Portal angekündigt, Frankreich
jedoch noch nicht.

Was die zeitliche Perspektive betreffe, so sei die Rede, dass diese Verordnung bis Ende nächsten Jahres beschlossen werden könnte und dass sich erste Mitgliedsstaaten bis Mitte 2026 daran beteiligten. Insofern sei von einem Prozess auszugehen, der von den Mitgliedsstaaten nach und nach umgesetzt werde.

In der Tat sei die Freiwilligkeit der kritische Punkt.

Vorsitzender Willi Stächele bemerkte mit Blick auf die Zeitschiene, die Verhandlungen liefen bereits seit Jahren. Angesichts der derzeitigen politischen Situation in Frankreich stelle sich überdies die Frage, wie schnell dort gehandelt werde.

Abg. Alena Fink-Trauschel FDP/DVP bat um Auskunft, inwieweit die Landesregierung die Unternehmen bei der Umsetzung der EU-Richtlinie unterstütze.

Der Vertreter des Wirtschaftsministeriums antwortete, die Unterstützung der Unternehmen und die Beratung erfolge insbesondere durch die Industrie- und Handelskammern sowie die Handwerkskammern. In diesem Zusammenhang weise er auch darauf hin, dass sich die Industrie- und Handelskammer Südlicher Oberrhein als Schwerpunktkammer für den französischen Markt insbesondere um die Themen in Bezug auf Frankreich kümmere. Die Unterstützung erfolge also im Wesentlichen durch die Kammern.

Letztlich gehe es auch darum, im Hinblick auf eine Anwendung europäischen Rechts in Frankreich oder in anderen Mitgliedsstaaten zu beraten. Das Handwerk habe z. B. mit Handwerk International in Stuttgart eine zentrale Beratungsstelle, die landesweit funktioniere.

Vorsitzender Willi Stächele regte an, über den Oberrheinrat, dessen Präsident Herr Abg. Mettenleiter ab Januar sei, auf eine Beschleunigung hinzuwirken.

Abg. Bernd Mettenleiter GRÜNE zeigte auf, der Oberrheinrat beschäftige sich immer wieder mit diesem Thema. Laut einer Umfrage der IHK Südlicher Oberrhein von vor wenigen Monaten sei das Thema Entsendebescheinigung für die Unternehmen von herausragender Bedeutung.

Er halte es durchaus für möglich, im Rahmen des Oberrheinrats einen Appell an Frankreich zu richten. Das müsse in einem grenzüberschreitenden Gremium wie dem Oberrheinrat aber in einer Art und Weise aufgegleist werden, dass sich alle unter einem Hut versammeln könnten.

Vorsitzender Willi Stächele betonte, es sei essenziell, dass auch Frankreich dieses einheitliche europäische Meldeportal für vorübergehende grenzüberschreitende Entsendungen nutze.

Abg. Bernd Mettenleiter GRÜNE wies darauf hin, in Frankreich seien die Vorstellungen in der Region und die Vorstellungen in Paris bisweilen unterschiedlich. Bei vielen Themen denke die Region anders als das zentrale Frankreich.

Ein entsprechender Appell an Frankreich im Rahmen des Oberrheinrats könne aber durchaus ein Impuls sein.

Abg. Niklas Nüssle GRÜNE erkundigte sich, wie die Situation im Hinblick auf die Schweiz aussehe.

Der Vertreter des Wirtschaftsministeriums erläuterte, der Verordnungsvorschlag beziehe sich auf die europäische Entsenderichtlinie, die nicht in der Schweiz gelte. Die Schweiz habe eigene Entsenderichtlinien, die als „flankierende Maßnahmen“ bezeichnet würden. Diese gingen durchaus über das hinaus, was innerhalb der EU gelte.

In dem Paket, das jetzt in Brüssel zwischen der Europäischen Kommission und der Schweiz verhandelt werde, sei auch das Thema Arbeitnehmerentsendung bzw. das Thema Personenfreizügigkeit, was im Grunde der Oberbegriff sei, wichtig. Das sei in den Verhandlungen zwischen der EU und der Schweiz sicherlich einer der schwierigen Punkte.

Er gehe davon aus, dass es in den ersten Monaten des neuen Jahres bei den Verhandlungen zwischen der EU und der Schweiz zu einem Ergebnis komme und der Ratifikationsprozess in der Schweiz sehr kompliziert und zeitintensiv sein werde.

Insofern gelte der Vorschlag, der jetzt hier auf dem Tisch liege, nicht für die Schweiz. Da sei davon auszugehen, dass im Verhandlungspaket eher mittel- bis langfristig eine Lösung gefunden werde.

Vorsitzender Willi Stächele bat den Vertreter des Wirtschaftsministeriums, den Ausschuss zu unterrichten, sobald das Verhandlungsergebnis, das Grundlage für die innerschweizerische Beratung sein werde, vorliege.

Der Vertreter des Wirtschaftsministeriums erklärte sich dazu bereit.

Ohne Widerspruch empfahl der Ausschuss für Europa und Internationales dem Plenum, von der Mitteilung Drucksache 17/7980 Kenntnis zu nehmen.

17.12.2024

Nüssle